Deutlicher Kurswechsel

EU-Schwerpunkte 2025. Das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission rückt wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund. Gleichwohl soll am Klimaschutz festgehalten werden. Doch die Prioritäten verschieben sich zusehends.

Autoren: Dr. Alfred Büttner, Prof. Dr. Thomas Wolf

© peterschreiber.media – stock.adobe.com

Gemeinsam vorankommen: Eine mutigere, einfachere und schnellere Union (Moving Forward Together: A Bolder, Simpler, Faster Union) lautet das Motto des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für dieses Jahr, das EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis und EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič am 12. Februar der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Das Programm setzt klare wirtschaftspolitische Schwerpunkte.

Initiativen zum Bürokratieabbau

Im Zentrum stehen die Sicherheit und Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür plant die Kommission zahlreiche Initiativen zum Bürokratieabbau für Bürger und Unternehmen. So sollen die Berichtspflichten, die sich aus EU-Vorgaben ergeben, um mindestens 25 Prozent reduziert werden, für kleine und mittlere Unternehmen sogar um 35 Prozent. Diese Entlastung soll durch drei Omnibus-Verordnungen erfolgen, die eine Vielzahl von Gesetzesänderungen zusammenfassen. Bereits Ende Februar wird der erste Omnibus-Vorschlag erwartet, der insbesondere Vereinfachungen in den Bereichen nachhaltige Finanzberichterstattung, Nachhaltigkeit und Taxonomie vorsieht.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Stärkung des Binnenmarktes mit einem Fokus auf Innovation, Wachstum und wirtschaftlicher Sicherheit. Aufbauend auf dem Ende Januar vorgestellten „Wettbewerbskompass“ plant die Kommission eine umfassende Binnenmarktstrategie („Single Market Strategy“). Diese soll die grenz-

„Im Laufe des Jahres soll der ‚Critical Medicine Act' verabschiedet werden, um Schwachstellen in den Lieferketten für kritische Arzneimittel zu beseitigen und Abhängigkeiten der EU zu reduzieren."

überschreitende Erbringung von Dienstleistungen erleichtern und Handelshemmnisse im Warenverkehr abbauen sowie den Zugang zu Kapital für Unternehmer verbessern (Start-ups und Scale-ups).

Auch der Gesundheitssektor bleibt ein zentrales Politikfeld der EU. Bereits im Januar wurde ein Aktionsplan zur Verbesserung der Cybersicherheit im Gesundheitswesen vorgestellt. Im Laufe des Jahres soll der „Critical Medicine Act" verabschiedet werden, um Schwachstellen in den Lieferketten für kritische Arzneimittel zu beseitigen und Abhängigkeiten der EU zu reduzieren. Zudem soll die umfassende Evaluierung der umstrittenen EU-Medizinprodukteverordnung (MDR) bis Ende 2025 abgeschlossen werden. Hingegen wurde der geplante „European Biotech Act", der einen neuen Rechtsrahmen für die Biotechnologie schaffen sollte, aus dem Programm gestrichen.

Die Reaktionen auf das Arbeitsprogramm fielen unterschiedlich aus. Während EVP-Abgeordnete die Pläne der Kommission ausdrücklich unterstützten, kritisierten FDP-Vertreter das Programm als nicht ambitioniert genug; SPD und Grüne warnten vor einer Aufweichung geltender EU-Vorgaben.

Keine grundlegende MDR-Reform

Das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission signalisiert einen deutlichen Kurswechsel. Während der Klimaschutz zwar weiterhin ein Thema bleibt (90 Prozent CO_2-Reduktion bis 2040), rückt er gegenüber wirtschaftspolitischen Prioritäten in den Hintergrund. Besonders die geplante Binnenmarktstrategie könnte alte Debatten um die „wachstumshemmende" Wirkung berufsrechtlicher Vorschriften neu entfachen. Bemerkenswert ist zudem, dass eine grundlegende Reform der MDR nicht für 2025 vorgesehen ist. Die politische Ausgangslage für die Umsetzung wirtschaftspolitischer Initiativen ist jedoch günstig: Nach den Europawahlen haben sich die politischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament verschoben, und die EVP mit Spitzenkandidatin Dr. Ursula von der Leyen stellt die stärkste Fraktion. Ihre dominierende Position erstreckt sich nicht nur auf das Parlament, sondern auch auf die EU-Kommission und den Rat der Mitgliedstaaten. ■

ANZEIGE